Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich **Bildung, Kultur, Schule und Sport**	Datum 28.04.2008
	Schriftführerin Susanne Baran Telefon-Nr. **02202/14-2558**

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	**Sitzung am Dienstag, dem 8. April 2008**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:10 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A4

2. **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
Seite A4

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 27. November 2007 - öffentlicher Teil-**
165/2008, Seite A4

4. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A4

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite A5

6. **Erfolg der Städtischen Max-Bruch-Musikschule beim diesjährigen Regionalwettbewerb "Jugend musiziert"**
169/2008, Seite A5

7. Schulintegrationsbericht
128/2008, Seite A5

8. Information zur PCB Sanierung des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums
156/2008, Seite A6

9. Bau einer Mensa am Schulzemtrum Ahornweg
158/2008, Seite A7

10. Benutzungsentgelte für Sportanlagen
151/2008, Seite A7

11. Vereinsschwimmen in Bergisch Gladbach
160/2008, Seite A9

12. Kostenvergleich Sanierung des Hallenbades Stadtmitte/Schulschwimmbad Mohnweg/Neubau eines Schul- und Vereinsschwimmbades
161/2008, Seite A10

13. Kulturprojektförderung im 2. Halbjahr 2007
174/2008, Seite A11

14. Antrag der FDP - Fraktion vom 26.11.07 zur Untersuchung der Personalstruktur in der Musikschule
159/2008, Seite A11

15. Prüfauftrag der FDP Ratsfraktion zur Einrichtung von Mensen/Cafeterien an den Gymnasien
134/2008, Seite A11

16. Anträge der Fraktionen
Seite A12

17. Anfragen der Ausschussmitglieder
Seite A12

B **<u>Nichtöffentlicher Teil</u>**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
Seite B1

2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite B1

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite B1

4. **Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen**
157/2008, Seite B1

5. **Anträge der Fraktionen**
Seite B1

6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite B1

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

@->
Herr Dr. Miege eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Das Hornquartett der Max-Bruch-Musikschule, Preisträger des Regionalwettbewerbs „Jugend musiziert“, präsentiert dem Ausschuss eine kurze Darbietung seines Könnens. Der Ausschuss gratuliert zu dem Wettbewerbserfolg.

Herr Dr. Miege begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.
<-@

2 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**

@->
Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.
<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 27. November 2007 - öffentlicher Teil-**

@->
Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.
<-@

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

@->
Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.
<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->
Herr Mumdey weist darauf hin, dass der Haushalt 2008 seit dem 04. April materiell als rechtlich genehmigt gilt, so dass man an diesem Tage die Haushaltsverfügung verfassen konnte. Sobald die Bekanntmachung erfolgt sei, seien auch die freiwilligen Gelder wie Zuschüsse und ähnliches zur Auszahlung freigegeben.

Herr Dr. Speer weist auf die den Ausschussmitgliedern vorliegenden Einladungen zur 1. Verleihung des BOPP-Kulturpreises des Stadtverbandes Kultur hin. Die Verleihung des Preises finde am 21.5. statt, der Ausschuss sei im Namen des Stadtverbandes herzlich eingeladen. Zudem macht der die Ausschussmitglieder auf die aktuelle Kultur Staffel aufmerksam, deren Flyer ebenfalls verteilt wurden.

Hinsichtlich der Einzäunung von Schulgeländen berichtet er, dass die Prüfung der Verwaltung durch den Fachbereich Gebäudewirtschaft ergeben habe, dass am Standort Hebborn unter Beibehaltung der Zugänglichkeit der Turnhalle eine Ergänzung und Reparatur des bestehenden Zaunes notwendig sei. In Hand, wo die Lärmbelästigung der Anwohner erheblich zugenommen habe, werde man sich ebenfalls dem Thema widmen. Ein weiterer Brennpunkt sei die GGS An der Strunde. Er stellt klar, dass die Spiel- und Sportanlagen tagsüber weiterhin zugänglich sein sollen, lediglich in den Abendstunden solle die Ruhe der Anwohner gewährleistet werden können. Der Fachbereich 8 prüfe ebenfalls die technischen Möglichkeiten in Form von Videoüberwachung.
<-@

6 Erfolg der Städtischen Max-Bruch-Musikschule beim diesjährigen Regionalwettbewerb "Jugend musiziert"

@->
Herr Dr. Miege gratuliert den Preisträgern.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
<-@

7 Schulintegrationsbericht

@->
Herr Dr. Speer erklärt hinsichtlich des Begriffs „Lernstudio“ im Zusammenhang mit der GGS Paffrath, dass es sich bei dem Begriff nicht um die Nutzung eines kommerziellen Angebots handele, sondern um die Bezeichnung einer Möglichkeit nach § 4 Ausbildungsordnung der Grundschulen. Es gehe dabei um die individuelle Förderung von Schülern durch Differenzierung. Zusätzliche Kosten verursache es für die Schule keine, da die Lehrer im Rahmen ihres normalen Stundenkontingents im Lernstudio eingesetzt würden.

Frau Lehnert erkundigt sich hinsichtlich der ungeeigneten Bushaltestellen am Gymnasium Herkenrath und des daraus entstehenden Konfliktpotentials, ob die Verwaltung bereits Lösungsvorschläge habe.

Frau Lehnert weist darauf hin, dass sie in dem Plan die Relation von deutschen Kindern zu Kindern mit Migrationshintergrund in Bezug auf die berufliche Situation der Eltern vermisse. Dies wäre interessant zu wissen, da es nachgewiesen sei, dass Menschen mit Migrationshintergrund in der Mehrzahl als Arbeiter tätig seien.
Sie stellt mit Bedauern die Hinweise auf die zunehmende Erziehungsunfähigkeit der Eltern fest. Sie richtet dahingehend einen Appell an den Fachbereich 5, dass die Erziehungsberatungsstellen gestärkt werden müssen.
Herr Dr. Miege erklärt zu ihrem zweiten Hinweis, dass dies rechtlich nicht möglich sei. Es gebe schon seit Jahren keine Angaben mehr zu den beruflichen Qualifikationen der Eltern.

Herr Dr. Miege bemerkt mit Bedauern, dass sich die Hauptschulen zu diesem Bericht nicht geäußert hätten. Besonders an den Hauptschulen sei der Ausländeranteil doch relativ hoch und die Ergebnisse damit von Interesse. Er stellt erfreut fest, dass der Bericht ergebe, dass ein hoher Ausländeranteil nicht identisch mit einem hohen Konfliktaufkommen an den Schulen sei. Dies sei ein positives Zeichen. Er weist darauf hin, dass Ausländer nicht identisch mit Migranten seien. Bei den Ausländern handele es sich um die Kinder, die durch ihren Pass de facto erfasst würden. Zähle man den Migrantenanteil noch hinzu, sei die Gruppe wesentlich größer und das Bild noch positiver.

Herr Gerhards warnt davor, Integrationsprobleme nur auf Konflikte zu beschränken. Es sei ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Integration, dass man Zuwanderern gleiche Chancen in der Gesellschaft einräume. Im Bereich der Bildungsabschlüsse liege hier tendenziell das größere Problem.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Herr Wolfgang Göbels, sachkundiger Bürger, kommt verspätet als Vertretung für Herrn Cüpper in den Ausschuss hinzu. Er wird von Herrn Dr. Miege in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.
<-@

<-@

8 Information zur PCB Sanierung des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums

@->
Herr Kleine erkundigt sich nach der Dauer der einzelnen Bauabschnitte. Er macht darauf aufmerksam, dass im letzten Bauabschnitt auch die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume vorgesehen sei, was bedeute, dass sich die Fachlehrer bis dahin in den belasteten Räumen aufhalten müssten, ohne eine Ausweichmöglichkeit zu haben. Er bittet zu prüfen, ob man diese Sanierung nicht vorziehen könne.

Frau Lehnert bittet darum, den Ausschuss regelmäßig über den Sachstand zu informieren.

Frau Scheerer weist darauf hin, dass ein Treppenhaus komplett entkernt werde und möchte wissen, ob nicht in diesem Zusammenhang ein Aufzug eingebaut werden könne, um die Schule behindertengerecht zu machen. Zudem hätten Lehrer ab und zu

schwere sperrige Dinge zu transportieren, was ein Aufzug sehr erleichtern würde.
Herr Pütz erläutert, dass die drei Sanierungsabschnitte jeweils neun Monate dauern würden. Die anderen Hinweise werde er vom Fachbereich 8 prüfen lassen.
(nachrichtlich: eine Beantwortung der Fragen von Frau Scheerer und Herr Kleine war bis zur Erstellung der Niederschrift leider nicht fristgerecht möglich, eine Information hierzu wird in der kommenden Sitzung am 03. Juni erfolgen)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
<-@

9 Bau einer Mensa am Schulzentrum Ahornweg

@->
Frau Winkels möchte wissen, ob der Preisvergleich zwischen Catering und eigener Küche wirklich durchgerechnet wurde und ob die Gesamtkosten realistisch eingeschätzt seien. Die Anzahl der Schüler, die am Essen teilnehmen würden, sei mit 50 % doch recht hoch angesetzt. Herr Pütz erklärt, dass man die Erfahrungen aus dem Bau der offenen Ganztagsgrundschule habe, und die Zahlen daher solide durchgerechnet seien. In der Tat sei die Zahl der ausgegebenen Mittagessen an der Hauptschule recht hoch, man wolle aber mit der Marie-Curie-Realschule eine Kooperation eingehen und den dortigen Schüler die Möglichkeit geben, in der Mensa der Hauptschule zu essen,, daher seien diese Schüler mit eingerechnet.
Herr Dr. Speer ergänzt, dass das Catering die preiswertere Lösung sei, selber kochen sei aufgrund des Personaleinsatzes schon teurer. Zudem habe die Schule das Modell des Catering gewählt, weil dies für die Schule praktikabler sei.

Frau Lehnert bittet um Informationen dazu, ob der Verwaltung bereits bekannt sei, wie hoch die Betriebskosten für die neue Mensa seien, ob der Neubau in Niedrigenergiebauweise errichtet werde und ob es, jetzt oder später, möglich sei, Solaranlagen auf dem Dach anzubringen. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu.
(nachrichtlich: eine Beantwortung der Frage von Frau Lehnert war bis zur Erstellung der Niederschrift leider nicht fristgerecht möglich, eine Information hierzu wird in der kommenden Sitzung am 03. Juni erfolgen)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
<-@
@->
<-@

10 Benutzungsentgelte für Sportanlagen

@->
Herr Neu erläutert zu der Entstehungsgeschichte der Sportbenutzungsentgelte, dass die Stadt vor zwei Jahren in einer so schlechten finanziellen Situation war, dass jedem bewusst gewesen sei, dass erhebliche Einschnitte notwendig waren. Die Benutzungsentgelte seien damals entstanden, denen man auch zugestimmt habe. In zwei Mitgliederversammlungen des Stadtsportverbandes habe man damals auf die Sportbenutzungsentgelte hingewiesen, gegen die niemand Einspruch erhoben habe. Im letzten Jahr habe man die Jugendförderung erhöht, so dass es für die Vereine ein Nullsummenspiel gewesen sei. Ende letzten Jahres habe die Angelegenheit dann in verschie-

denen Veranstaltungen eine Eigendynamik entwickelt, und die Vereine stellten dar, wo ihre Nöte bei der Erhebung der Nutzungsentgelte liegen würden. In der Sondermitgliederversammlung des Stadtsportverbandes hätten sich bis auf eine alle Fraktionen für die Abschaffung der Nutzungsentgelte ausgesprochen. Am heutigen Abend habe man also vier verschiedene Vorlagen mit Beschlussvorschlägen vorliegen. Er erklärt, dass sich die SPD dem Antrag der CDU anschließen werde, da dieser der weitestgehende Antrag sei, wenn man die vier vergleiche.

Herr Willnecker schließt sich Herrn Neu an. Er stellt klar, dass seinerzeit kein Dialog mit den Vereinen stattgefunden habe. Zwischenzeitlich hätten sich bei den Vereinen auch erhebliche strukturelle und wirtschaftliche Änderungen ergeben. Er sei dafür, dass Ehrenamt noch weiter zu stärken, daher sollte die erhöhte Jugendförderung beibehalten werden.

Frau Koshofer schließt sich dem an. Sie bittet darum, dass die Ergebnisse bzgl. der Möglichkeiten in Sachen Eigenleistung der Vereine dem Ausschuss vorgestellt werden, damit man ggfls. noch Einspruch erheben könne.

Frau Beisenherz-Galas erkundigt sich nach der Höhe der möglichen Einsparungen, wenn die Vereine Eigenleistungen erbringen. Ansonsten könne man der Vorlage der CDU zustimmen. Sie möchte wissen, ob die Jugendförderung zweckgebunden sei. Herr Dr. Speer weist darauf hin, dass die Eigenleistungen der Vereine in diesem Jahr wohl nicht so hoch sein können, dass sie eine Einsparung von 80.000 € ergeben werden, und damit den Wegfall der Benutzungsentgelte ausgleichen. 80.000 € sei in etwa das Gehalt von zwei Sportstättenarbeitern. In diesem Jahr dürfe man also nicht zu viel erwarten. Die Verwaltung werde aber entsprechend informieren.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen der KIDitiative und BFBB, den folgenden Beschluss **gemäß des Beschlussvorschlags der CDU-Fraktion in der Anlage 3 der Vorlage**:

1. *Die 2006 beschlossenen Nutzungsentgelte für städtische Sportstätten werden ab dem 01.01.2008 wieder abgeschafft.*
2. *Alle Vorhaben für weitere Nutzungsentgelte für städtische Sportstätten, auch von städtischen Eigenbetrieben (Bäder-GmbH) werden nicht weiter verfolgt. Städtische Vertreter in der Bäder-GmbH werden angewiesen, entsprechend zu handeln.*
3. *Der Bürgermeister verhandelt und trifft Vereinbarungen mit den Vereinen über Pflege und Betreuung der von ihnen genutzten städtischen Sportflächen. Hierbei ist auf die Möglichkeiten der Vereine individuell einzugehen.*
4. *Die Jugendbeihilfe in Höhe von derzeit acht Euro pro Mitglied bleibt in dieser Höhe erhalten.*

<-@
@->
<-@

11 Vereinsschwimmen in Bergisch Gladbach

@->
Herr Willnecker beantragt für CDU und SPD die folgende Ergänzung des Beschluss-

vorschlags:

1. Die künftige Belegung der städtischen Bäder durch die Bergisch Gladbacher Schwimmsport treibenden Vereine erfolgt nach den in der Vorlage ausgeführten Kriterien (Mindestbelegung, Bündelung, ausschließliche Sportnutzung, Nutzungsschwerpunkte an Bäderstandorten).
2. Für den Vereinssport werden 285 Bahnstunden einschließlich der Stunden für die Vereinskursprogramme als Festkontingent zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Schwimmsport treibenden Vereinen entsprechende Gespräche zu führen und auf dieser Basis für eine **einvernehmliche** Kompensation der an der Saaler Mühle entfallenden Bahnstunden zu sorgen.
4. **Dieser Beschluss gilt nur vorbehaltlich der einvernehmlichen Einigung mit den Vereinen bis zum 21.04.2008. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung erzielt werden, wird dieser Punkt in einer Sondersitzung des ABKSS neu behandelt.**

Herr Neu erklärt, dass der Stadtsportverband sich im November 2007 mit den Vereinen unterhalten habe. Bis zu der heutigen Beschlussfassung sollten Verwaltung und Vereine zu einer Lösung gekommen sein. Wieso dies nicht so sei, wisse er nicht. Die Ergänzung des Beschlusses sei daher sehr vernünftig.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, dass man sich zunächst nicht anschließen werde, man sei trotz der jetzt hinzugekommenen Revisionsklausel misstrauisch.

Herr Schneeloch fragt nach, ob die Frist 21.4. Zeit genug für die Gespräche und Ergebnisse lasse. Herr Dr. Miege antwortet, dass der 21.4. ausreiche, weil am 9. und 10. die Gespräche stattfinden sollen.

Frau Koshofer erklärt für die FDP ebenfalls, dass man noch misstrauisch sei und sich deshalb enthalten werde.
Herr Willnecker äußert sich verwundert über dass Misstrauen, bedingt durch die Klausel gehe die Vorlage in den Ausschuss zurück, sollte es zu keiner Einigung kommen. Man sei aber guten Mutes, dass die Gespräche Ergebnisse bringen werden.

Der ABKSS fasst einstimmig, bei vier Enthaltungen der FDP und Bündnis 90/Die Grünen, den folgenden Beschluss **mit den von der CDU- und SPD-Fraktion beantragten Ergänzungen**:

1. *Die künftige Belegung der städtischen Bäder durch die Bergisch Gladbacher Schwimmsport treibenden Vereine erfolgt nach den in der Vorlage ausgeführten Kriterien (Mindestbelegung, Bündelung, ausschließliche Sportnutzung, Nutzungsschwerpunkte an Bäderstandorten).*
2. *Für den Vereinssport werden 285 Bahnstunden einschließlich der Stunden für die Vereinskursprogramme als Festkontingent zur Verfügung gestellt.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Schwimmsport treibenden Vereinen entsprechende Gespräche zu führen und auf dieser Basis für eine **einvernehmliche** Kompensation der an der Saaler Mühle entfallenden Bahnstunden zu sorgen.*
4. ***Dieser Beschluss gilt nur vorbehaltlich der einvernehmlichen Einigung mit den Vereinen bis zum 21.04.2008. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung erzielt werden, wird dieser Punkt in einer Sondersitzung***

des ABKSS neu behandelt.

<-@

@->

<-@

12 Kostenvergleich Sanierung des Hallenbades Stadtmitte/Schulschwimmbad Mohnweg/Neubau eines Schul- und Vereinsschwimmbades

@->

Herr Neu erläutert, dass man nun vor der Entscheidung stehe, ob man das noch in städtischer Trägerschaft befindliche Bad am Mohnweg und das Hans-Zanders-Bad sanieren wolle, oder ob man ein neues Bad bauen wolle. Für die SPD sei die Sachlage eindeutig, die beiden Bäder sollten saniert werden. Daher beantragt Herr Neu, dass diese Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage umgewandelt wird. Der Ausschuss solle analog des Beschlusses im Aufsichtsrat der Bäder GmbH beschließen, dass beide Standorte in der Stadtmitte und am Mohnweg erhalten bleiben und saniert werden. Die Verwaltung könne dann unmittelbar mit dem Konzept zur Umsetzung dieses Beschlusses beginnen.

Die CDU schließt sich der SPD an.
Herr Willnecker schlägt für den Beschluss die folgende Formulierung vor:

1. Mit der Planung der Sanierung des Bades am Standort Mohnweg soll unverzüglich im Rahmen der im Haushalt 2008 zur Verfügung stehenden Mittel begonnen werden, so dass im Jahr 2009 mit der Sanierung angefangen werden kann.
2. Der ABKSS fordert die Bäder-GmbH auf, mit der Sanierung des Hans-Zanders-Bades ebenso zu verfahren.

Herr Dr. Miege weist darauf hin, dass diese Vorlage sodann am **24.04.2008 in die Ratssitzung eingehen** und am heutigen Tage eine **Beschlussempfehlung für den Rat** gegeben werde. (nachrichtlich: Aufgrund des Beschlussinhaltes muss die Vorlage mit der Beschlussempfehlung des ABKSS zunächst in die Sitzung des FLA am 17.04. eingehen)

Der Ausschuss nimmt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Ergänzungen der CDU-Fraktion einstimmig an.
Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. *Mit der Planung der Sanierung des Bades am Standort Mohnweg soll unverzüglich im Rahmen der im Haushalt 2008 zur Verfügung stehenden Mittel begonnen werden, so dass im Jahr 2009 mit der Sanierung angefangen werden kann.*
2. *Der ABKSS fordert die Bäder-GmbH auf, mit der Sanierung des Hans-Zanders-Bades ebenso zu verfahren.* <-@

13 Kulturprojektförderung im 2. Halbjahr 2007

@->

Frau Lehnert stellt fest, dass mit den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln doch viele Projekte unterstützt werden konnten.
Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

14 Antrag der FDP - Fraktion vom 26.11.07 zur Untersuchung der Personalstruktur in der Musikschule

@->
Frau Koshofer erläutert, dass die FDP gestern ein Gespräch mit Herrn Herweg gehabt habe, und man mit dem „Himmelheber-Konzept“ offensichtlich auf dem richtigen Weg sei.
<-@
@->
<-@

15 Prüfauftrag der FDP Ratsfraktion zur Einrichtung von Mensen/Cafeterien an den Gymnasien

@->
Herr Dr. Speer erklärt, dass der Schulträger außerordentliche Schwierigkeiten habe, sich mit Dingen zu befassen, die gesetzlich noch nicht verankert seien. Das Land gehe immer noch davon aus, dass man Halbtagsschulen habe, die Gymnasien weiterhin in Halbtagsform geführt würden, bürde aber den Schulen durch die Schulzeitverkürzung eine Umorganisation auf. Dies wäre zu lösen durch die Einführung von Samstagsunterricht oder durch die Verlagerung von Stunden in den Nachmittag. Für die Verwaltung stelle sich die Verursacherfrage, man sei der Ansicht, dass derjenige für die Einrichtung von Mensen aufkommen müsse, der die Problematik verursache. Man sehe die Probleme der Schulen und unterstütze sie bei Lösungen, die an den unterschiedlichen Standorten gefunden werden, müsse aber auch den eigenen Haushalt im Blick behalten. Hier sei nun das Land gefordert, Wege der Finanzierung aufzuzeigen und zu ermöglichen.

Herr Mömkes stimmt zu, dass dies momentan die Kapazitäten des Haushaltes übersteige. Es gehe aber zunächst erstmal darum, die derzeitigen und zukünftigen Möglichkeiten zu überprüfen, nicht an jeder Schule müsse daraufhin sofort eine Mensa eingerichtet werden. Vielleicht würden sich aus dieser Überprüfung kostengünstige und einfach zu realisierende Möglichkeiten ergeben.

Frau Scheerer, erklärt, dass Herr Dr. Speer im Prinzip Recht habe. Bei der Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschule sei der Bund finanziell unterstützend tätig gewesen. Die Landesregierung müsse nun ähnlich verfahren. Langfristig sei aber zu erwarten, dass es Ganztagsschulen in allen Schulformen geben werde, diese Tendenz sei abzusehen. Die Kommunen müssten an das Land herantreten und zusätzliches Geld für diese zusätzlichen Aufgaben einfordern.

Frau Lehnert dankt den ganzen ehrenamtlich Tätigen, die durch ihre Arbeit an den Schulen den Betrieb von Cafeterien ermöglichen.

Herr Schneeloch stimmt der Argumentation der Verwaltung zu, zudem hätten andere Probleme derzeit Vorrang, wie aus der Stellungnahme der Verwaltung zu entnehmen sei.

Frau Koshofer erklärt, dass es nicht nur um die Bereitstellung von Geldern gehe.

Vielleicht könnten andere Lösungen wie am DBG gefunden werden. Derzeit sei lediglich eine Überprüfung gewünscht, um zu ermutigen und den Druck nach oben zu erhöhen.

Frau Beisenherz- Galas erklärt, dass die Stadt sich nicht nur auf den Standpunkt stellen könne, dass dies Landessache sei, dafür sei die Angelegenheit zu wichtig und dringend. Eine Samstagsschule sei derzeit nicht realistisch. Man unterstütze den Antrag der FDP.

Herr Dr. Miege weist darauf hin, dass man die Versorgung der Kinder in der Offenen Ganztagsgrundschule nur mit Hilfe von Spenden sicherstellen konnte.
Er schlägt vor, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, eine Bestandsaufnahme der weiterführenden Schulen hinsichtlich bestehender Mensen und Cafeterien durchzuführen. Es solle ebenfalls festgehalten werden, wer diese betreue/bewirtschafte und wie stark die Nutzungsfrequenz durch die Schüler sei.
Herr Mömkes erklärt, dass es zunächst nicht um die Finanzierungsmöglichkeiten von Mahlzeiten gehe, sondern um die räumlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten.

Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.
<-@
@->
<-@

16 Anträge der Fraktionen

@->
Es liegen keine Anträge vor.
<-@

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->
Frau Scheerer fragt an, ob es während der Sanierung der beiden Bäder Mohnweg und Hans-Zanders-Bad nicht die Möglichkeit gebe, das Freibad Milchborntal mit einer Traglufthalle auszustatten, um Engpässe zu vermeiden.
Die Verwaltung wird diese Anfrage schriftlich beantworten.

Herr Mömkes berichtet, dass es an seiner Schule in Kürten nach der NKF-Umstellung Schwierigkeiten gegeben habe. Die Schule habe Probleme bei der Verausgabung der Mittel gehabt, die ihnen im Etat zu Verfügung stünden. In Kürten sei es so, dass bei jeder kleinen Ausgabe der Schule die Kämmerei eingeschaltet werden müsse. Er erkundigt sich nach den Verfahrensweisen in Bergisch Gladbach. Herr Pütz erläutert, dass die Schulen ihr Budget auf Schulgirokonten hätten, diese würden am Jahresende abgerechnet, wobei die Schulen einen Überschuss mit in das nächste Jahr nehmen dürften. Dies laufe hier ohne Probleme.

Frau Lehnert erkundigt sich, wie weit der Toilettenbau an der Lehmpöhle fortgeschritten sei. Sie möchte zudem wissen, ob bei der Genehmigung des mit Palmfett betriebenen Heizkraftwerks auf dem Gelände des Mediterana auch ökologische Gesichtspunkte geprüft wurden.
Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Willnecker berichtet, dass ihm mitgeteilt wurde, dass Vereine bei der Sanierung von Sporthallen vorher nicht informiert wurden. Er möchte wissen, ob dies so gewesen sei. Herr Pütz räumt ein, dass dies in der Übergangsphase der Zuständigkeit für die Gebäude auf den Fachbereich 8 in Einzelfällen passiert sein könne. Mittlerweile habe sich dies aber eingespielt.

Frau Koshofer erläutert, dass Kunstrasenplätze eine Lebenserwartung von 15-20 Jahren hätten. Sie möchte wissen, wie man mit der Erneuerung plane zu verfahren. Herr Mumdey erklärt, dass die Angelegenheit vertraglich klar geregelt sei. Die Vereine hätten die Kunstrasenplätze errichtet, die Stadt habe einen Zuschuss in Höhe der Sanierungskosten sowie Zuschüsse zur Bewirtschaftung gegeben. Bzgl. der Erneuerung habe man keinerlei Zusagen gemacht. Herr Neu erklärt, dass dies die Vereine interessiere und die Vereine sich damit beschäftigten. Dass nach einem einmaligen Zuschuss von der Stadt keinerlei Zuschüsse mehr zu erwarten wären, gehe natürlich auch nicht. Frau Scheerer erklärt, dass man so nicht rechnen könne. Abschreibungen müsse man mit einplanen, um eine Sanierung oder Erneuerung zu sichern. Herr Mumdey entgegnet dem, dass die Plätze nicht städtisches Eigentum seien, daher seien sie eigentumsmäßig nicht erfasst und verursachten auch keine Abschreibungen. Er erklärt, dass man bei aller Euphorie in Bezug auf die Errichtung von Kunstrasenplätze bedenken müsse, dass diese in Bezug auf die Bewirtschaftung kostengünstiger und zudem belastbarer seien, dafür komme aber in 15 Jahren die schwierige Frage der Sanierung bzw. Erneuerung. Was Sanierungen betreffe, habe man derzeit andere Brocken zu bewältigen. Die städtischen Plätze seien ja noch nicht alle saniert.

<-@

Dr. Wolfgang Miege Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Dr. Lothar Speer Fachbereichsleiter	Susanne Baran Schriftführerin